



Petition 177072

Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge - Pflichtunterricht zur Aufklärung über die nationalsozialistische Geschichte Deutschlands

Text der Petition

Mit der Petition wird gefordert, einen Pflichtunterricht mit dem Ziel der Aufklärung über die nationalsozialistische Geschichte Deutschlands in den Integrationsprozess geflüchteter Menschen und Asylsuchender aufzunehmen.

Begründung

Wir sind tief besorgt über den Mangel an Aufklärung und Kenntnisvermittlung zur nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands im Integrationsprozess von geflüchteten Menschen und Asylsuchenden. Die Aufklärung über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands ist von entscheidender Bedeutung, um das Bewusstsein für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während dieser Zeit begangen wurden, zu schärfen und sicherzustellen, dass sich solche Ereignisse nie wiederholen. Es ist von größter Wichtigkeit, dass geflüchtete Menschen und Asylsuchende, die Teil unserer Gesellschaft werden, ein tiefes Verständnis für diese Geschichte entwickeln. Viele der von uns betreuten geflüchteten Menschen äußern Sympathien für politische Gruppen und Parteien, die entweder rechtsextremistisch sind oder als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurden. Diese Sympathien resultieren oft aus Unkenntnis über die historische Bedeutung und die schrecklichen Konsequenzen des Nationalsozialismus. Wir fordern daher die Einführung eines verpflichtenden Geschichtsunterrichts zur nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands im Rahmen des Integrationsprozesses. Dieser Unterricht sollte darauf abzielen, das historische Wissen zu vertiefen, zu warnen und umfassend zu informieren.

Ziele der Petition:

1. Vermittlung eines tiefgehenden Verständnisses der nationalsozialistischen Geschichte.
2. Förderung des Bewusstseins für die Konsequenzen rechtsextremistischer Ideologien.
3. Unterstützung der Integration durch historisches Wissen und Sensibilisierung.
4. Prävention von Sympathien für rechtsextreme Gruppen durch fundierte Aufklärung.

Die Einführung eines solchen Pflichtunterrichts ist nicht nur ein Schritt zur erfolgreichen Integration, sondern auch ein unverzichtbarer Beitrag zur Förderung einer demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft. Wir bitten den Deutschen Bundestag, diese wichtige Maßnahme zu ergreifen und im Rahmen des Integrationsprozesses umzusetzen.